

Benachteiligung des Schienengüterverkehrs beenden

Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hat die Umsetzung der verkehrspolitischen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag gefordert. CDU, CSU und SPD hatten darin vereinbart, der Eisenbahn in Deutschland einen höheren Stellenwert beizumessen. Wörtlich heißt es: „Den Verkehrsträger Schiene wollen wir weiter ausbauen“. „Davon vermag ich im Hinblick auf den Güterverkehr nur wenig zu erkennen“, stellte Kirchner fest.



Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hat die Umsetzung der verkehrspolitischen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag gefordert. CDU, CSU und SPD hatten darin vereinbart, der Eisenbahn in Deutschland einen höheren Stellenwert beizumessen. Wörtlich heißt es: „Den Verkehrsträger Schiene wollen wir weiter ausbauen“. „Davon vermag ich im Hinblick auf den Güterverkehr nur wenig zu erkennen“, stellte Kirchner fest.

Der EVG-Vorsitzende kritisierte, dass die LKW-Maut immer weiter absinke, während der Gütertransport auf der Schiene immer teurer werde. Dies zeige auch eine aktuelle Auswertung der „Allianz pro Schiene“ (<http://www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/2015/032-preisschere-bei-maut-politik-steuert-gueterbahn-ins-abseits/>), deren Mitglied die EVG ist.

„Die Verkehrspolitik der Regierung ist ohne Konzept“, stellte Alexander Kirchner fest. Statt den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene zu stärken und Güterverkehre wo immer möglich weg von der Autobahn hin zur Eisenbahn zu verlagern, würden die politisch Verantwortlichen tatenlos zusehen, wie die Straßen immer voller und die CO₂-Belastungen weiter ansteigen würden. „Ihre ambitionierten Klimaziele wird die Regierung so nicht erreichen“, stellte Kirchner fest.

Die EVG hatte vor diesem Hintergrund jüngst ein Spitzengespräch der Bahnbranche mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel initiiert, um auf die Ungleichbehandlung des Verkehrsträgers Schiene aufmerksam zu machen. „Wenn sich hier nicht ganz schnell wesentliches ändert, wird der Güterverkehr im Bereich der Eisenbahn weiter Marktanteile verlieren, mit dramatischen Folgen auch für die Beschäftigten“, so Kirchner. Die EVG werde dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, die Regierung muss endlich umsteuern, machte der EVG-Vorsitzende deutlich.